



Europäische  
Kommission

# Die EU und die südlichen Nachbarschaftsländer

#25BCNPROCESS



Februar 2021

Im November 2020 feierten die EU und ihre Partnerländer im östlichen und südlichen Mittelmeerraum das 25-jährige Bestehen ihrer Partnerschaft (des sogenannten Barcelona-Prozesses). Dies bot einen guten Anlass, über die strategische Partnerschaft mit der Region angesichts der politischen, sozioökonomischen, finanziellen und ökologischen Herausforderungen nachzudenken, die zusätzlich durch die Covid-19-Pandemie verschärft werden, und unsere Partnerschaft mit unseren Partnerländern der südlichen Nachbarschaft neu zu bewerten. Nach einer Phase der Konsultation mit den Partnern werden die Ergebnisse dieser Überlegungen im Februar 2021 in einer **„Gemeinsamen Mitteilung über eine erneuerte Partnerschaft mit der südlichen Nachbarschaft“** veröffentlicht.

**25**  
1995-2020  
BARCELONA  
PROZESS  
Union für den  
Mittelmeerraum

## Rückblick

**1995:** Gründung der Partnerschaft Europa-Mittelmeer auf der Konferenz von Barcelona mit dem Ziel, einen Raum des Friedens, der Stabilität und des wirtschaftlichen Wohlstands zu schaffen, in dem demokratische Werte und die Menschenrechte gewahrt werden

**2004:** Einführung der Europäischen Nachbarschaftspolitik und Einbindung der Mittelmeerländer zur Stärkung des Wohlstands, der Stabilität und der Sicherheit aller

**2005:** Gründung der Anna-Lindh-Stiftung für den Dialog der Kulturen im Europa-Mittelmeerraum

**2008:** Gründung der Union für den Mittelmeerraum beim Mittelmeer-Gipfel in Paris

**2015:** Reform der Europäischen Nachbarschaftspolitik, mit dem Streben nach Stabilität als oberstes politisches Ziel

**2021:** Veröffentlichung der „Gemeinsamen Mitteilung über eine erneuerte Partnerschaft mit der südlichen Nachbarschaft“ und des dazugehörigen Wirtschafts- und Investitionsplans für die südlichen Partnerländer

## Zentrale Elemente der Partnerschaft mit der südlichen Nachbarschaft



Seit Beginn des Barcelona-Prozesses hat die EU **Assoziierungsabkommen** mit Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, dem Libanon, Marokko, Palästina\* und Tunesien geschlossen, die die Integration des Handels vertieft, den politischen und fachlichen Dialog gestärkt und die Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Wirtschaft, Finanzen und Soziales gefördert haben.



Seit vielen Jahren kooperiert die EU aktiv mit ihren südlichen Partnerländern in einer Vielzahl wichtiger Themenbereiche wie **gute Regierungsführung, soziale und wirtschaftliche Entwicklung, Migration und Hilfe für Flüchtlinge, Klimawandel, Umwelt, Energie und Sicherheit.**



Seit 2007 hat die EU

**20,5 Mrd. EUR**

im Wege der Finanzierungsinstrumente der Europäischen Nachbarschaftspolitik für die Kooperation zur Verfügung gestellt.

Dazu gehört auch Unterstützung für die acht oben genannten assoziierten Länder sowie für schutzbedürftige Gruppen, Migranten und Flüchtlinge aus Konfliktgebieten, insbesondere Libyen und Syrien.

Nachbarschafts-  
politik

\* Diese Bezeichnung ist nicht als Anerkennung eines Staates Palästina auszulegen und lässt die Standpunkte der einzelnen Mitgliedstaaten zu dieser Frage unberührt.



Der **Wert** der zwischen der EU und der Region **gehandelten Waren** ist zwischen 1999 und 2019 um insgesamt 134 % gestiegen (von 79,23 Mio. EUR auf 185,47 EUR jährlich).

**Ausländische Direktinvestitionen** zwischen der EU und der Region stiegen im Zeitraum 2013-2018 stetig um 36 % für auswärtige Bestände (von 91,5 Mrd. EUR auf 124,8 Mrd. EUR) bzw. um 80 % für Zuflüsse aus der Region (von 45,1 Mrd. EUR auf 81,4 Mrd. EUR).



Die EU unterstützt **Reformen in den Partnerländern für eine bessere öffentliche Verwaltung** in den Kernbereichen Regierungsführung und Dienstleistungen. Gefördert werden unter anderem Programme in der öffentlichen Finanzverwaltung und im Justizwesen, Verwaltungsreformen oder Korruptionsbekämpfung.



Die EU unterstützt ihre Partnerländer bei der **Förderung inklusiven Wirtschaftswachstums und der Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze** durch Initiativen zur Verbesserung des Investitionsklimas und zur Förderung der sozialen und ökologischen Wirtschaft, des Unternehmertums und der Innovation. Die EU arbeitet eng mit internationalen und europäischen Finanzinstitutionen zusammen, um Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern.

## Zentrale Elemente der Union für den Mittelmeerraum

- ▶ Als **Ergänzung zur bilateralen und regionalen Zusammenarbeit der EU mit der südlichen Nachbarschaft** ist die Union für den Mittelmeerraum ein **besonders geeignetes Forum für den Dialog** zwischen ihren 42 Mitgliedern (27 EU-Mitgliedstaaten und 15 Partnerländer aus dem östlichen und südlichen Mittelmeerraum).
- ▶ Die EU unterstützt das Sekretariat der Union für den Mittelmeerraum, indem sie 50 % der Betriebskosten (4,2 Mio. EUR jährlich) finanziert.
- ▶ Jedes Jahr finden Ministertreffen der Union für den Mittelmeerraum zu Themen wie Frauenrechte, Verkehr, Energie, Industrie, Umwelt, Klimawandel, Wasser, digitale Wirtschaft, Handel, Beschäftigung und nachhaltige Stadtentwicklung statt.



Union for the Mediterranean  
Union pour la Méditerranée  
الاتحاد من أجل المتوسط

## Einige Ergebnisse der EU-Kooperation



Dank der Kanäle für den regelmäßigen Austausch und die Zusammenarbeit mit den Partnerländern konnte die EU rasch auf sozioökonomische und unmittelbare gesundheitsbezogene Bedürfnisse in der **Covid-19-Pandemie** reagieren. Bisher wurden mehr als 2,3 Mrd. EUR mobilisiert.



Über die Nachbarschaftsinvestitionsplattform wurden mit Finanzhilfen in Höhe von 500 Mio. EUR Darlehen europäischer und internationaler Finanzinstitutionen in Höhe von 6 Mrd. EUR für **Energie- und Klimaschutzinfrastrukturprojekte** in der Region mobilisiert.



Die EU unterstützt **Unternehmen** in der Region, indem sie ihnen Zugang zu Finanzmitteln im Rahmen des SANAD-Fonds für Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen verschafft, der mehr als 215 000 Darlehen im Wert von 570 Mio. EUR vergeben und damit zur Schaffung von mehr als 60 000 Arbeitsplätzen beigetragen hat.



**Erasmus+** hat zwischen 2015 und 2019 Aufenthalte von 44 000 Studierenden, Forschenden und Hochschulkräften in Europa und im Mittelmeerraum ermöglicht und 3951 Projekte gefördert.



Seit 2005 wurden im Rahmen von **237 Partnerschaften** zwischen öffentlichen Verwaltungen der EU-Mitgliedstaaten und der Partnerländer bewährte Verwaltungsverfahren ausgetauscht und die Angleichung an EU-Recht und -Standards gefördert.

